

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Dringender monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2,75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Bettendorferplatz 10. Tel. 25 261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Bettendorferplatz 10. Tel. 25 261.
Geschäftszeit von 6 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Insertats werden die 6spaltigen Zeilen mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinstexte 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 208.

Dresden, Montag den 8. September 1913.

24. Jahrg.

Die Alldeutschen fordern auf ihrer Tagung in Breslau neuen Länderwerb und weitere Militäraufstellungen.
Ein drastischer Fall von Dienstreueflüchtlern wird vom Vormarsch mitgeteilt.
Bei einer Offiziersrevolte in Adrianopel sollen Enver Pasa verwundet und vier Offiziere getötet worden sein.
Nach einem türkisch-russischen Zusammenstoß in Persien drücken türkische Offiziere der russischen Abteilung ihr Bedauern aus.
In einem Kampfe vor Teinan hatten die Spanier 6 Tote und 15 Verwundete.
Bei Simla (Indien) sind 170 Personen, die von einem Flugzeug überbracht wurden, ertrunken.
Ein Teil der Stadt Hot Springs (Arkansas) wurde durch eine gewaltige Feuersbrunst zerstört.

Die Regelung der Produktion.

In einem kürzlich erschienenen sehr umfangreichen Buche, das sich die Untersuchung der monopolistischen Tendenzen und ihrer Bedeutung innerhalb des Wirtschaftslebens in Deutschland und Amerika zur Aufgabe gemacht hat, sucht der Verfasser, J. Singer, den Nachweis zu führen, daß Deutschland immer mehr auf dem Wege sei, das Land der kapitalistischen Monopole zu werden. In Deutschland vollzieht sich der Zusammenschluß der einzelnen Industriezweige in Monopolstellungen einnehmende Verbände und Trusts ungehindert, unterstützt durch eine Hochschuttpolitik, in ungemein rascher Weise. In Amerika dagegen werden die monopolistischen Tendenzen unerhört verfolgt. Kurz vor Ablauf der Amtsperiode des gegenwärtigen Präsidenten der Vereinigten Staaten, Wilson, als Gouverneur von New-Jersey wurden in der Gesetzgebung dieses Staates sieben Antitrust-Gesetze eingebracht, die bereits am 19. Februar von ihm unterfertigt werden konnten. In dem wichtigsten dieser Gesetze wird der Trust als eine Vereinigung oder Vereinbarung zwischen zwei oder mehreren Gesellschaften, Firmen oder Personen bezeichnet, u. a. zur Limitierung der Produktion oder zur Erhöhung der Preise. Und die Teilnahme an einer solchen Vereinbarung ist ein Verbrechen, das mit Gefängnis bis zu 3 Jahren oder mit Geldstrafe bis 1000 Dollar oder mit beiden Strafen zugleich bestraft wird. Unter der Präsidentschaft Wilson dürfte demnach das Sherman-Gesetz vom Jahre 1890, monoch jede Verbindung in Form eines Trusts mit einer Geldstrafe bis 5000 Dollar oder mit Gefängnis bis zu einem Jahre in den Vereinigten Staaten geahndet werden sollte, eine Verschärfung im Sinne der Gesetzgebung von New-Jersey erfahren. Diese Anti-Trust-Bewegung wird auch schon einen Widerhall in Europa finden. Am dem Gange der Entwicklung wird damit aber absolut nichts geändert werden. Mit oder ohne Anti-Trust-Gesetze treibt die kapitalistische Entwicklung unerhört auf eine Regelung und Organisation der Produktion hin. Und es bleibt schließlich nur die Wahl zwischen kapitalistischem Monopol und sozialistischer Produktion.

Singer gibt ein sehr interessantes Bild von den monopolistischen Tendenzen in Amerika und in Deutschland. Die Konzentration der Betriebe vollzieht sich jenseits und diesseits des Ozeans unheimlich rasch. In den Vereinigten Staaten entstanden bereits im Jahre 1909 auf bloß 11,5 Proz. der Gesamtproduktion 82,2 Proz. des Wertes der gesamten Produktion. 43,8 Proz. der Gesamtproduktion, fast die Hälfte, wurden in nur 1,1 Proz. der Betriebe erzeugt! Die Produktion von Stahl, Zucker, Fleisch, Petroleum, Tabak (Zigaretten und Zigarren) und vieler Maschinen ist vertrustet. Es bestehen elektrotechnische Trusts, Schuhmaschinen Trusts, Kunstschulter Trusts, ein Aluminium Trust, ein Pulver Trust, Schiffahrtstrust, Warenhaushaltstrust usw. In Deutschland sind die Unternehmer-Verbände und Kongerue mit monopolistischem Charakter nicht geringer. Und sie unterscheiden sich nicht wesentlich von den Trusts in Amerika, wo jeder Ring, jedes Kartell heute als Trust bezeichnet wird.

Mehr als die Hälfte der gesamten Steinkohlenproduktion in Deutschland, 80,9 Millionen Tonnen von insgesamt 160,7 Millionen Tonnen im Jahre 1911, entfällt auf das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat. Der Stahlwerksverband produzierte im letzten Jahre an Halbzeug: 60,81 Proz. des Inlandsabfahres und 30,89 Proz. des Exportes; an Eisenbahnmateriale: 62,81 Proz. des Inlandsabfahres und 37,19 Proz. des Exportes; an Formeisen: 74,89 Proz. des Inlandsabfahres und 25,81 Proz. des Exportes. Eine Monopolherrschaft haben in Deutschland zweifellos die elektrotechnischen Trusts. Wird doch heute die gesamte Elektrizitätsindustrie Deutschlands beherrscht von zwei großen Trusts: der A. E. G. und dem Siemens-Schuckert-Konglomerat. Im Geschäftsbericht der A. E. G. für 1911/12 wurde die Zahl der Angestellten mit 70 102 angegeben; davon 6561 in Wien, Wigo und Mailand. Nach dem Geschäftsbericht von Siemens u. Halske für 1911/12 betrug die Anzahl der Angestellten über 77 000. In der Generalversammlung vom 3. Dezember 1912 der A. E. G. wurde der Auftragsbestand per 31. Oktober inf. der im neuen Geschäftsjahre bis dahin ausgeführten Aufträge auf 457 Millionen Mark angegeben. Im Geschäftsjahre 1911/12 betrug der Auftragsbestand der A. E. G. 31 320 Tonnen. Das ist mehr als der achte Teil des gesamten Auftragsbestandes Deutschlands. Ein vollständiges Monopol besitzt in Deutschland der Spiritusring, der heute länderlos geschlossen besteht. Vertrustet ist in Deutschland die

Farbenindustrie, die ihren Aktionären Riesengewinne abwirft. Die Aktien der Farbwerke stehen im Kurzwerte zwischen 450 und 640. Die Deutsche Gold- und Silber-Scheideanstalt in Frankfurt a. M. verfügt über ein Bezugsrecht von 492 Proz., die Continental Counting- und Gutta-percha-Kompagnie über ein solches von 900 Proz. Das Kalki-Monopol ist durch das Reichs-Kalkgesetz vom Mai 1910 geregelt. Es bestehen ferner in Deutschland ein Soda Trust, ein Glimmer Trust, ein Aluminium-Syndikat, das Zink-Syndikat, der Leim Trust, das Zute-Syndikat, das Zinoleum-Syndikat, das Druckpapier-Syndikat, der Fischentrust, das Spiegelglas-Syndikat, das Syndikat der Stein-zufabriken. Die Seiden-Kartelle, der Strick Trust, der Pulver Trust und eine Reihe anderer Verbände beherrschen ebenfalls den ganzen Markt.

Neben diesen hier angeführten Trusts in Deutschland gibt es zahlreiche Ringe, die sich immer fester schließen. Und in allen Zweigen der Industrie ist die Tendenz des Zusammenschlusses zu beobachten. Das allgemeine Ziel ist dabei, Ueberproduktion und Preisunterbietungen zu verhindern, die Produktion also zu regeln. Ist das kapitalistische Monopol geschlossen, dann müssen freilich die Konsumenten bluten. Aber mit gesetzlichen Verböten läßt sich diese Entwicklung nicht aufhalten. Die Beseitigung der Monopole ist das, was zum Schutze der Konsumenten getan werden kann und muß. Im übrigen aber macht sich die Regelung der Produktion dringender notwendig, sobald die kapitalistische Entwicklung eine gewisse Höhe erreicht hat. Der kapitalistische Diktator kann das Volk dann nur entgehen, wenn es die Regelung selbst vornimmt, indem es die kapitalistischen Monopole zu Monopolen der Gesellschaft macht. Alle vertrusteten, isolierten Betriebe sind reif zur Sozialisierung. Ihre Ueberführung in den Besitz der Gesellschaft wird auch zur dringenden Notwendigkeit, um das Volk vor Ausbeutung und Verflüchtung zu schützen. Keine Anti-Trust-Gesetze, sondern Sozialismus ist die Forderung der Zeit gegen die kapitalistische Konzentration!

Zur Frage des Massenstreiks.

Der Parteivorstand legt dem Parteitag in Jena zur Frage des Massenstreiks folgende Resolution vor:

Nach dem vom Mannheimer Parteitag (1906) beschlossenen Beschluß des Jenaer Parteitages (1908) ist die umfassende Anwendung der Massen-Arbeits Einstellung gegebenenfalls als eine der wirksamsten Mittel zu betrachten, nicht nur um Angriffe auf bestehende Volksrechte abzuwehren, sondern um Volksrechte neu zu erobern.

Die Eroberung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zu allen Vertretungskörpern ist eine der vorbedingungen für den Befreiungskampf des Proletariats. Das Dreiklassenwahlrecht entzieht die Befähigung nicht nur, sondern bremst sie in allen ihren Bestrebungen auf Verbesserung ihrer Lebenshaltung, es macht die schlimmsten Feinde gewerkschaftlicher Betätigung und sozialen Fortschritts, die Junkerkaste, zum Beherrscher der Gesetzgebung.

Darum fordert der Parteitag die entrechteten Massen auf, im Kampfe gegen das Dreiklassenwahlrecht alle Kräfte anzuspinnen, in dem Bewußtsein, daß dieser Kampf ohne große Opfer nicht erfolgreich durchgeführt werden kann.

Indem der Parteitag den Massenstreik als unfehlbares und jederzeit anwendbares Mittel zur Beseitigung sozialer Schäden im Sinne der anarchistischen Auffassung verwirft, spricht er zugleich die Ueberzeugung aus, daß die Arbeiterklasse für die Erringung der politischen Gleichberechtigung ihre ganze Kraft einbringen muß. Der politische Massenstreik kann nur bei vollkommener Einigkeit aller Organe der Arbeiterbewegung und Massenbewegung, für die letzten Ziele des Sozialismus begeisterten und zu jedem Opfer bereiten Massen geführt werden. Der Parteitag macht es deshalb den Parteigenossen zur Pflicht, unerwähnt für den Ausbau der politischen und gewerkschaftlichen Organisation zu wirken.

Wir haben unsere Auffassung über den preussischen Wahlrechtskampf und die Frage des politischen Massenstreiks bereits ausführlich dargelegt. Die Resolution, die jetzt der Parteivorstand vorlegt, entspricht voll und ganz unserer Ansicht. Mehr und Besseres läßt sich in der gegenwärtigen Zeit zu dieser Angelegenheit nicht beschließen.

Der irrsinnige Mörder.

Allmählich läßt sich der Schleier, der über Wagners Seelenleben und privaten Verhältnissen gedreht lag, lüften. Man erfährt, daß er Alkoholiker war, daß er als Stammgast in Stuttgarter Vorbelken verkehrte, daß er seine Frau zwingender Folgen wegen heiraten mußte, daß er mit ihr längt zerfallen war, und daß er das Schicksal nicht hatte. Das alles mag die Psychologie der Bluttat in manchen Punkten erklären, für die Tat selbst aber sind es so wichtige Gründe, daß sie über den Irrsinn als die Jurisprudenzfähigkeit des Täters beweisen. Der Irnsinn, der auch aus zwei jetzt veröffentlichten konfusen Briefen spricht, die er an Rektor und Lehrerschaft geschrieben hat; der Irnsinn, der sich auch in den Aussagen zeigt, die Wagner bei seiner Vernehmung am Sonnabend machte. Er gestand, daß er die Absicht gehabt habe, die Familie seines in einem Orte bei Ludwigstadt lebenden Bruders, eines angesehenen Mannes, ebenfalls zu ermorden, wenn es ihm gelungen wäre, unerkannt zu entkommen. Weiter gab er an, daß er den ganzen Ort vernichten wollte. Zu diesem Zweck habe er vor der Brandlegung die Telegraphenbrände zerstören wollen, damit keine Meldung nach außen dringen

und Hilfe herbeigerufen werden könne. Es ist ermittelt, daß sich der Mörder tatsächlich mit Bohren und starken Eisenklammern versehen hatte. Er wollte die Telegraphenstationen anbohren, die Eisenklammern in die Löcher stecken und auf ihnen den Mast ersticken, um die Telegraphenleitungen zu zerstören oder durch die Klammern unbrauchbar zu machen. Er konnte diesen Plan aber nicht verwirklichen, weil die Masten zu schlüpfrig waren. Auf den Vorhalt, weshalb er an dem unschuldigen Orte habe Rache nehmen wollen, die sich doch nur gegen einzelne Personen hätte wenden können, erklärte Wagner dem Richter: „Wenn Sie sich an einen Stein stoßen, dann ärgern Sie sich über den Stein und befechtigen ihn.“ Auf die Frage, ob er keine Rache verspüre, erklärte er, über den Begriff Rache könne man verschiedener Meinung sein. Er sagte noch, jetzt würde er die Tat wohl kaum noch einmal begehen, denn sie habe ja doch keinen Wert. Wenn die Leute schon nicht sterben wollten, dann sollten sie eben in ihren ärmlichen Verhältnissen weiter leben...

Das alles mag der Täter mit noch soviel — wie die Berichte betonen — äußerlicher Ruhe und innerer Bestimmtheit gesagt haben — für den Geisteszustand Wagners beweisen Neugierigkeiten nichts. Eine längere psychiatrische Untersuchung wird nötig sein, um die Geistesgestörtheit, die aus den Briefen und Aussagen des Mannes spricht, festzustellen.

Daß die Frommen im Lande versuchen, Kapital aus den antichristlichen Bekenntnissen des Massenmörders zu schlagen, ist bei der geistigen Armut unserer Religionswächter selbstverständlich. In einem der Wagnerischen Irnsinnbriefe steht auch der Satz: „Ich glaube an keinen Gott“. Das sucht die Deutsche Tageszeitung also auszunutzen!

Dieser Satz, an dieser Stelle niederzuschreiben, angeht eines geplanten fürchterlichen, schändlichen, ungläubigen Verbrechens, redet eine mahnende, padende, tief in das Herz greifende Sprache. Er weist auf den letzten Grund auch dieser Bluttat hin. Er wirkt wie die Flammenchrift an der Wand des Brunnenhauses unserer Kultur. Gemißbraucht die Gottlosigkeit nicht zu Verbrechen, besonders nicht zu Verbrechen solcher Art zu führen. Aber, daß der nachwärtige Verbrecher in den Mittelpunkt seines Bekenntnisses gerade diesen Satz stellte, sollte für das Schicksal unserer Tage, das sich seiner Gottlosigkeit hingibt und da sogar zu rühmten pflegt, eine die Tiefe der Seele aufwühlende und die Herzen padende Mahnung sein.

Es dürfte der Deutschen Tageszeitung nicht ganz unbekannt sein, daß nicht nur viele der großen Massenmörder der Weltgeschichte geradezu im Dienste der christlichen Religion mordeten, sondern daß auch schon Schreckenstaten wie die des Degerlacher Lehrers von Remagen begangen wurden, die sich für sehr fromm hielten und — solche Bluttaten geradezu — „pöbel für den religiösen Wahnsinn sind. Es ist aber uneres Wissens noch keinem Arbeiter eingefallen, die Religion für die Folgen des religiösen Wahnsinns verantwortlich zu machen. Derartige Verbrechen bleiben den Frommen überlassen.

Reichsregierung gegen Arbeitslosenversicherung.

Die Vermutung, daß die Regierung trotz der vorhandenen und ständig steigenden Notlage eines großen Teils der Bevölkerung sich gegen die Einführung einer Reichs-Arbeitslosenversicherung auch jetzt noch sträubt, wird durch offizielle Auslassungen der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung bestätigt. Die Haltung der Regierung entspricht dem Voraussetzen der sozialdemokratischen Presse. Sie hat nicht den Mut, mit den Schanzmachern und Reaktionären zusammen die Arbeitslosenversicherung grundsätzlich abzulehnen, noch weniger aber hat sie den Mut, sich durch eine soziale Tat zu jener mächtigen Clique in Wegensatz zu stellen. Sie vertritt sich also hinter die „Schwierigkeiten“ und macht den Notleidenden blauen Dunst vor, indem sie sich auf erst recht „autopische“ Vorwürfe zurückzieht und den Arbeitslosen empfiehlt, jaunt und anders — Landarbeiter zu werden.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Einen stets wiederkehrenden Gegenstand in den öffentlichen Erörterungen bilden Vorschläge für eine Arbeitslosen-Versicherung; vielfach glaubt man in diesem oder jenem System ein brauchbares Mittel gefunden zu haben, um Arbeitslose vor der äußersten Not zu schützen und so lange über Wasser zu halten, bis wieder Arbeit gefunden ist. Die Veruche, die bis jetzt gemacht worden sind, haben freilich mehr oder weniger versagt. Gemeinden und Verbände bemühen sich um die Lösung dieser Versicherungsfrage schon jahrelang und haben ganz vorwiegend nur Mißerfolge erzielt. Die dafür verausgabten hohen Beträge wären aber viel leicht nutzbringender angewendet worden, wenn man, namentlich seitens der Gemeinden, dafür gesorgt hätte, daß in den Jahreszeiten, in denen erfahrungsgemäß sich ein beträchtlicher Mangel an Arbeitsgelegenheit bemerkbar macht, den Arbeitslosen Arbeit geboten werde. Eine solche stets bereite kommunale Hilfe würde ganz entschieden die beste Arbeitslosenversicherung sein und könnte dann nur zur Nachahmung empfohlen werden. Die Armenlasten werden in den städtischen und ländlichen Gemeinden Deutschlands von Jahr zu Jahr und haben besonders in vielen größeren Städten eine bedenkliche Höhe erreicht. Man will herrschen haben, daß in Deutschland alljährlich fast eine Milliarde Mark für Armenunterstützung ausgegeben werde. Wenn jedoch in Deutschland etwa 500 Quadratmeter Meilen an Lebland, Moor und Heide bräckerigen, die in Waldland umgewandelt, wohl einer Million Familien Brot geben könnten, so ist damit der Weg deutlich gewiesen, den man zu gehen hätte, um der Arbeitslosigkeit zu steuern, nämlich die Urbarmachung von Umland.

* Das Land der Monopole: Amerika oder Deutschland? Von J. Singer, Berlin 1913. Franz Siemenroth. Preis 3,50 R., gebunden 10 R.

billig
Gebrauch
mit
48 Pf.
Vorteile
MK 240
billig
IA 105
22. I.
Dr. 201
& Co.
IA 125